

FAZ

19.11.

Ein leises Adieu an Ostdeutschland

Die Linke kann nicht wie die PDS Volkspartei sein / Von Mechthild Küpper

BERLIN, 18. November
In Ostdeutschland war die PDS so etwas wie eine Volkspartei. Doch seit sie im Juni mit der WASG zur Partei Die Linke fusionierte, ist sie nicht mehr selbstverständlich Sachwalterin „des Ostens“. Zu gern würde sie noch einige Jahre lang ihr in den Jahren seit der Revolution erworbenes Image als „Kümmererpartei“ behalten, auch wenn dazu im Grunde inzwischen das einsatzfreudige Personal fehlt. Die Anstrengungen des kommenden Jahres – Wahlen in Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Bayern – werden sich auf den Westen des Landes richten. Die Hausmacht im Osten könnte schwinden.

In der PDS hatten am Ende die „Reformer“ die Mehrheit. Doch wie der von der faktisch viel linksradikaler auftretenden WASG aufgebrachte Streit um die Formulierung „demokratischer Sozialismus“ in den Gründungspapieren der neuen, gesamtdeutschen Linkspartei zeigte, hat die neue Partei programmatisch noch keinen Ort. Während ihr Ko-Vorsitzender Lafontaine von „Freiheit durch Sozialismus“ redet, während die IG-Metall-Funktionäre, die via WASG zur Linken kamen, die Partei gern als politischen Arm der Gewerkschaften nutzen würden, ist die Liste der offenen, in einer Programmkommission zu klärenden Fragen verblüffend lang, und die Positionen streben weit auseinander. Während Lafontaine wieder und wieder „Erst das Fressen, dann die Moral“ betont, halten viele PDS-Politiker der jüngeren Generation sich etwas darauf zugute, Freiheit und Gleichheit, politische und soziale Bürgerrechte nicht wie in der DDR gegeneinander auszuspielen.

Wer am vergangenen Freitag den Euro-pasaal des Paul-Löbe-Hauses betrat, in dem die Fraktion Die Linke unter dem Titel „Ostdeutschland – Die alte Frage nach den neuen Chancen“ eine Anhörung veranstaltete, fühlte sich um Jahre zurückversetzt. Selbst über Fünfzigjährige senkten den Altersdurchschnitt spürbar, und von

den westdeutschen Abgeordneten der Linksfraktion war nur der Bremer Axel Troost kurz anwesend. So sähe die PDS aus, wenn sie nicht wie in Berlin mit jüngeren Leuten „Regierungslinke“ wäre und

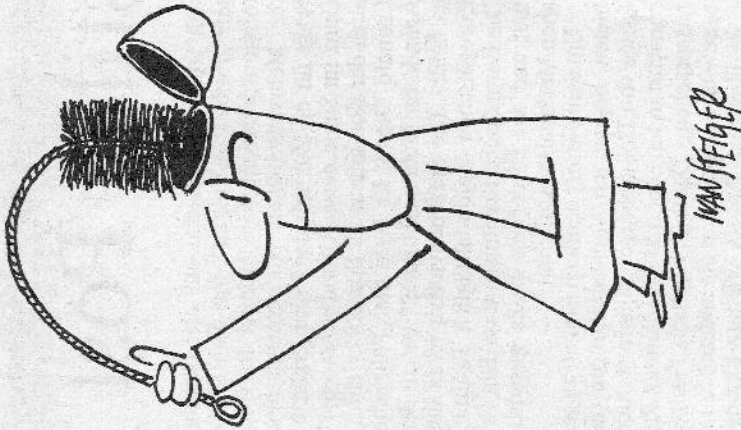
verbraucht, wie die Erzeugung von erneuerbarer Energie in vielen Regionen Ostdeutschlands dafür sorgt, dass neue Jobs entstehen. Ausdrücklich dankte Claus denen, die eine „Minderheitenmeinung“ vorgetragen hatten. Er meinte Udo Ludwig vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle und Rainer Land vom „Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung“, doch bedurften sie des Trostes nicht. Denn das Zahlenpaar, auf das sie hinwiesen, spricht für sich. Wo „mehr verbraucht als produziert wird“, kann das niedrigere Lohnniveau nicht umstandslos zu den diskriminierenden Faktoren gezählt werden. Die Produktivität liegt bei zwei Dritteln des westlichen Werts, die Höhe des verfügbaren Einkommens liegt bei 80 Prozent. Die Forderung müsse daher nicht heißen: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“, sondern: „Mehr neue Produkte entwickeln, auf Innovation und Bildung setzen.“

Die Linke wird nicht die einzige Partei sein, der die Maxime „Man kann nur verteilen, was produziert worden ist“ fremd ist. Doch schien sie nicht nur die alten Zäsuren wie Modrow zu provozieren. Auch die sächsische Landtagsabgeordnete Caren Ley fragte Ludwig ungläubig, ob er das mit den niedrigen Löhnen als Standortvorteil ernst meine. Die Löhne würden, versicherte Ludwig, gewiss steigen. Dem schon herrsche Fachkräftemangel in einzelnen Branchen, und die Situation am Arbeitsmarkt werde sich durch die demographische Entwicklung und durch weitere Abwanderung ändern. Land führte ein Thema wieder in die Diskussion ein, das Lafontaine bei der Fraktionsklausur im September mit dem Hinweis auf die „bewährten Systeme“ vom Tisch gewischt hatte: Seiner Ansicht nach hat die Politik kein Instrumentarium für die hohe Sozietätsarbeitslosigkeit in Phasen langer Rezession entwickelt. Seiner Ansicht nach lohnt es sich, Modelle von Grundeinkommen zu prüfen. So erhoben bei dieser Anhörung nicht nur die „ehemaligen Eliten“ der SED ihre Stimme, sondern auch diejenigen, die nach neuen Ansätzen suchen.

„eklatanten Verstößen gegen die Menschenrechte in der BRD“, davon, dass DDR-Bürger kriminalisiert und ausgegrenzt würden. Die „Hasspropaganda“ gegen die Stasi verletze die Menschenwürde und stigmatisiere die „Aufklärer“ als Täter. Mechler erhielt viel Applaus. Modrow mahnte seine Parteifreunde, ihn und diejenigen, die er repräsentiere – er bezifferte sie auf mehrere hunderttausend –, „gut im Auge zu behalten“. Die Erwartungen seien groß.

An Modrow gewandt, sagte der Abgeordnete Roland Claus: „Meine Partei hat an runden Tischen viel gelernt!“ Das kommt jeder als Abschied von dieser Art der Interessenvertretung für den Osten verstiegen. Ihr „besonderes Verhältnis zur DDR“ werde seine Partei wohl nie loswerden, vermutete Claus. Im Gegensatz zu Mechler und zu Modrow will er diese Tradition nicht pflegen. Doch sei es zu früh, um den Osten „für erledigt“ zu erklären. Auch Gregor Gysi rückte ab: Die Ablehnung der alten SED-Eliten nach der Revolution sei zunächst ein Vorteil für die PDS gewesen, schließlich seien sie zu „ehemaligen Eliten“ geworden. Zu den neuen Eliten finde seine Partei schwerer Zugang. Der „enorme Kultursprung“ des Wahlerfolgs von 2005, als die WASG auf den Listen der PDS in den Bundestag kam, habe die inzwischen vereinte Partei „selbst noch nicht richtig verarbeitet“. Gysi erwähnte Lafontaine nicht ausdrücklich, doch sprach er davon, dass wenige Westdeutsche etwas von der DDR gewusst hätten und dass sie sich Frankreich und Italien näher gefühlt hätten als dem Osten.

Der Präsident der Volkssolidarität, Gunar Winkler, betonte trotz des Befundes, dass 80 Prozent der Bevölkerung im Osten sein Grundthema von den immer trauriger werdenen Osis. Heinrich Bartel vom Bundesverband Erneuerbare Energie e. V. schlug andere Töne an. Er berichtete davon, wie die Region nördlich des Brocken inzwischen mehr Strom erzeugt, als sie



wenn sie nicht von der ostdeutschen Volkspartei zur gesamtdeutschen Linkspartei geworden wäre. Da saßen Hans Modrow und Christa Luft unter den Honoratioren, der ehemalige Hochschullehrer an der Humboldt-Universität, Siegfried Mechler, heute Präsident des „Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V.“, erklärte den „Genossinnen und Genossen“, „die BRD“ sei „seit 1999 im Kriegszustand, ohne dass sie angegriffen wurde“. Er sprach von